

**In einem Interview des Bonner General-Anzeigers äußert sich Herr Minister Laschet auch zu KiBiz-Fragen: Kostenloser Kindergartenbesuch, Fachkräftesituation, U-3-Ausbau, Auskömmlichkeit der Pauschalen.**

Erneut werden die Zusammenhänge, die tatsächlich in NRW für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen gelten, nicht zutreffend dargestellt und daraus dann unzutreffende Schlüsse gezogen:

Die **Beitragsfreiheit** für den Besuch eines Kindergartens verbessert nicht die Qualität. Sie sichert den Zugang zu bedarfsgerechten Angeboten für alle Kinder. Das derzeitige System verhindert, dass Eltern für ihr Kind aus finanziellen Gründen den passenden Platz in Anspruch nehmen.

Das Land gibt zwar mehr **Geld** für den Elementarbereich aus, aber im wesentlichen für neue Aufgaben und zur Entlastung z.B. von kirchlichen Trägern. Tatsächlich werden für die vergleichbaren Kernaufgaben im Jahr 2009 weniger als im Jahr 2005 ausgegeben!

Für die Verbesserung der **Qualifizierung** der Erzieherinnen kommt es vor allem darauf an, dass Fortbildungsangebote für die derzeit tätigen Mitarbeiterinnen zur Verfügung stehen. Dazu stellt das Land, anders als andere Bundesländer, nicht einen Euro zusätzlich zur Verfügung.

Das Land hält nach den vielfachen Erklärungen der kommunalen Spitzenverbände weiterhin **Bundesmittel** zum U-3.Ausbau zurück.

Für **Investitionen** in neue Plätze für Kinder unter 3 Jahren hat das Land keine zusätzliche Mittel bereitgestellt, sondern lediglich die geforderte Anteilssumme von dem sowieso schon zu geringen Ansatz für Sanierungen "abgezweigt".

Der **U-3-Ausbau ist kein Verdienst des KiBiz**. Jede Landesregierung hätte aufgrund der bundesgesetzlichen Vorgaben ab 2005 etwas tun müssen. Mit dem alten Gesetz wäre der Ausbau auch möglich gewesen. Sogar besser. Das KiBiz hat den Ausbau "**billiger**" gemacht, da vor allem für Kinder unter 3 Jahren der **Personalschlüssel verschlechtert** wurde.

Der Hinweis, dass die **Tarifsteigerungen** mit der vorgesehenen Anpassung der KiBiz-Pauschale um 1,5 % nicht aufgefangen werden können wird durch den Minister damit beantwortet, dass die Verbände der Quote zugestimmt hätten und die Kostensteigerungen sich ausgleichen würden. Eine Überprüfung sei 2011 vorgesehen.

***Diese Einschätzung ist unglaublich:***

Die **Pauschalen wurden sowieso falsch berechnet** und um etwa 5.000 Euro pro Mitarbeiterin zu gering angesetzt. Die Kostensteigerung aus der letzten Tarifierhöhung konnten schon so nicht abgedeckt werden. Nicht die Verbände, sondern der Landtag hat das Gesetz beschlossen, obschon von den Verbänden Hinweise auf die Nichtauskömmlichkeit gegeben wurden.

Da in die Pauschalen auch eine **Sachkostenkürzung** und Verschlechterungen des Personalschlüssels "eingepreist" wurden, müssten sie jetzt und nicht erst 2010 nicht nur überprüft, sondern verändert werden!